



Hinweise zur Datenverarbeitung von Beitreibung finanzieller Forderungen

Verantwortlichkeiten	Amt Schenefeld Der Amtsdirektor Holstenstraße 42-48 25560 Schenefeld Deutschland Telefon: 04892/8089-0 E-Mail: info@amt-schenefeld.de
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	Herr Mahrt Holstenstraße 42-48 25560 Schenefeld Telefon:04892 8089-52 E-Mail: datenschutz@amt-schenefeld.de DE-Mail: info@amt-schenefeld.de-mail.de (verschlüsselte Kontaktaufnahme)
Beschreibung	<p>Wir kommen der Informationspflicht gem. Art 13,14 DSGVO mit dieser Mitteilung nach, um eine faire und transparente Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu gewährleisten.Ihre notwendigen personenbezogenen Daten zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben werden mit den jeweils anwendbaren gesetzlichen Datenschutzanforderungen zu den nachfolgend aufgeführten Zwecken verarbeitet.</p> <p>Für die Beitreibung von Geldforderungen der amtsangehörigen Gemeinden im Verwaltungswege ist unser Amt zuständig. Als Vollstreckungsbehörde zieht das Amt die öffentlich-rechtlichen Forderungen wie z.B. Gewerbesteuern,Grundstücksabgaben oder Hundesteuern ein.Voraussetzung für ein Vollstreckungsverfahren ist ein zuvor ergangener Leistungsbescheid (z.B. Bußgeldbescheid, Abgabenbescheid), dessen Geldforderung zum Fälligkeitstermin nicht beglichen wurde.</p>
Zweck der Datenverarbeitung	Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Beitreibung von Forderungen, Bearbeitung von Stundungen, Niederschlagung und Erlass verarbeitet. Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung unserer öffentlichen Aufgabe unumgänglich und gesetzlich vorgeschrieben.



Informationen gem. Art. 12 Abs.1 der EU-Datenschutz

Grundverordnung (DSGVO) Amt Schenefeld

Stand: 03.03.2022

Rechtsgrundlage	<p>Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung beruht auf Art. 6 Abs. 1 Buchstaben c und e DSGVO, i. V. m. weiteren Gesetzen</p> <ul style="list-style-type: none">▪ § 3 Landesdatenschutzgesetz Schleswig-Holstein▪ Abgabenordnung (AO)▪ Landesverwaltungsgesetz (LVwG)▪ Zivilprozessordnung (ZPO)▪ Insolvenzordnung (InsO)▪ Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (ZVG)▪ Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)▪ Gemeindekassenverordnung (GemKVO)▪ Landesverordnung über die Kosten im Vollzugs- und Vollstreckungsverfahren (VVKVO)
Quellen der personenbezogenen Daten (Art. 14 DSGVO)	<ul style="list-style-type: none">▪ bei Lohn- und Gehaltspfändungen der Arbeitgeber▪ bei Kontopfändungen das entsprechende Geldinstitut▪ bei Amtshilfeersuchen die örtlich zuständige Behörde▪ gesetzliche Vertreter,▪ Vertragsdaten (wenn die Vollstreckung aufgrund eines Vertragsverhältnisses erfolgt),▪ Vermögensverzeichnisdaten,▪ Schuldnerverzeichnisdaten,▪ Versicherungen,▪ Vermieter,▪ Verkehrsaufsicht Kraftfahrzeugdaten,▪ Gewerbedaten,▪ Nachlassverwalter,▪ Erben.
Kategorien der personenbezogenen Daten (Art. 14 DSGVO)	<ul style="list-style-type: none">▪ Vor- und Nachname,▪ Geschlecht,▪ Geburtsdatum,▪ Geburtsort▪ Familienstand,▪ Güterstand,▪ Anschrift,▪ Telefon- und Mobilfunknummer,▪ E-Mail-Adresse,▪ Bankverbindung und Kontodaten,



Informationen gem. Art. 12 Abs.1 der EU-Datenschutz

Grundverordnung (DSGVO) Amt Schenefeld

Stand: 03.03.2022

Speicherdauer	<p>Maßgeblich sind die Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik Schleswig-Holstein (GemHVO-Doppik)</p> <p>Die Jahresabschlüsse, die Gesamtabchlüsse und die Eröffnungsbilanz sowie der Anhang zur Eröffnungsbilanz sind in ausgedruckter Form dauernd aufzubewahren. Die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen sind sechs Jahre aufzubewahren. Die Fristen beginnen am 1. Januar des der Beschlussfassung über die Feststellung des Jahresabschlusses oder des Gesamtabchlusses folgenden Haushaltsjahres. Spätestens nach Ablauf dieser Fristen/Kriterien werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht, außer die Verarbeitung unterliegt zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken (Art. 89 DSGVO und § 6 LDSG-SH).</p>
Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	<p>Wir verzichten bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling.</p>
Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde	<p>Die Weiterleitung der personenbezogenen Daten erfolgt im erforderlichen Maß in sehr enger Auslegung unter Berücksichtigung der Datensparsamkeit an zuständige Gerichte und Gerichtsvollzieher, zuständige Gebietskörperschaften in Amtshilfe, Drittschuldner, Arbeitgeber sowie an intern berechnete Organisationseinheiten der Amtsverwaltung.</p>
Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation	<p>Nur in gesetzlich ausdrücklich zugelassenen Fällen werden die personenbezogenen Daten auch für andere Zwecke verarbeitet oder weiter gegeben. Dies kann z.B. der Fall sein, wenn Gerichte und Strafverfolgungsbehörden ermitteln. Außerdem erfolgt eine Weitergabe personenbezogener Daten an Drittschuldner im Rahmen von Pfändungen und an Gerichte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren und bei der Beantragung von Eintragungen ins Grundbuch und von Zwangsversteigerungen.</p> <p>Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an unberechtigte Dritte, in Drittländer (Nicht-EU-Mitgliedsstaaten) oder internationale Organisationen übermittelt.</p>
Recht auf Auskunft	<p>Betroffene haben nach Art. 15 DSGVO das Recht, vom Verarbeiter Auskunft über die bei ihm gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten.</p>
Recht auf Berichtigung	<p>Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung gemäß Art.16 DSGVO, das heißt, Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten auch mittels einer ergänzenden Erklärung zu verlangen.</p>
Recht auf Löschung	<p>Betroffene haben nach Art. 17 DSGVO das Recht, die Löschung ihrer Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.</p>



Informationen gem. Art. 12 Abs.1 der EU-Datenschutz

Grundverordnung (DSGVO) Amt Schenefeld

Stand: 03.03.2022

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	Betroffene können gemäß Art.18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.
Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	Betroffene können gemäß Art. 21 DSGVO der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen es sei denn, der Verantwortliche kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
Recht auf Datenübertragbarkeit	Nach Art. 20 DSGVO besteht bei bestimmten Verarbeitungen ein Anspruch auf Datenübertragbarkeit Ihrer personenbezogenen Daten die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten. Dieses betrifft auch Daten, die auf Basis Ihrer ausdrücklichen Einwilligung oder Vertragserfüllung erhoben wurden. <u>Sie können eine Einwilligung jederzeit gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO widerrufen.</u> Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf berührt. Wenn Sie hiervon Gebrauch machen möchten, wenden Sie sich bitte persönlich, per Email oder schriftlich an die verantwortliche Stelle der Datenverarbeitung und/oder an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle.
Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	Wenn Betroffene der Ansicht sind, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt, können sie sich gem. Art. 38 Abs. 3 DSGVO an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n der verantwortlichen Stelle der Datenverarbeitung oder nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden: Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein Marit Hansen Postfach 71 16 24171 Kiel Holstenstraße 98 24103 Kiel Telefon: 04 31/988-12 00 Telefax: 04 31/988-12 23 E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de Homepage: http://www.datenschutzzentrum.de